

Mängel und Missstände in metallurgischer Forschung und Entwicklung

24. Juni 1959

Information Nr. 428/59 – [Bericht] über Mängel und Missstände in der metallurgischen Forschung und Entwicklung

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 201, Bl. 1–3 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Leuschner, Apel – MfS: HA III, Ablage.

Bemerkungen

Zu dem Bericht existiert Beimaterial, das allerdings der Information Nr. 457/59 zugeordnet wurde (BArch, MfS, ZAIG 201, Bl. 12–18), wahrscheinlich weil sich das Beimaterial auf den Inhalt beider Informationen bezieht. In einer »Stellungnahme zum Bericht über Mängel und Missstände in der metallurgischen Forschung und Entwicklung« vom 4.7.1959 antwortet der Leiter der Abteilung Maschinenbau und Metallurgie beim ZK der SED, Friedrich Zeiler, auf die im Bericht angesprochenen Beschwerden und Mängel. Er räumt ein, dass »die im Bereich der Metallurgie vorhandenen Forschungsinstitute [...] in der Vergangenheit ungenügend durch die übergeordneten Organe beachtet [wurden]«, dass die Kontrolle bei der Durchführung der angeordneten Aufgaben fehlte und die Koordinierung der Forschungsinstitute untereinander nicht funktionierte. Anschließend geht er auf die im Einzelnen angesprochenen Fragen ein (Entwicklung besonderer Brenner, Bau einer Stranggussanlage und Entwicklung von Vorschmelzaggregaten) und entkräftet hier aber die im Bericht angesprochenen Mängel. Diese Stellungnahme wurde laut handschriftlicher Notiz im Dokumentenkopf Erich Mielke zur Information weitergereicht. Am 29.8.1959 antwortete der Leiter der HA III/4 des MfS (zuständig für die Überwachung der Industrie nach Industriezweigen und Schwerpunkten) auf diese Stellungnahme. Er widerlegt die Darstellungen des Leiters der ZK-Abteilung und unterfüttert die im Bericht gemachten Vorwürfe mit weiteren Einzelheiten.

Verweis

Information [457/59](#).

1. Durch eine Reihe von Hinweisen wurde bekannt, dass unter den Wissenschaftlern der metallurgischen Forschung erhebliche Verärgerung über die Arbeitsorganisation der dafür verantwortlichen staatlichen Organe besteht. Übereinstimmend wird dabei besonders bemängelt, dass für die erteilten Forschungs- und Entwicklungsaufträge jeweils mehrere Organe verantwortlich zeichnen, wobei sich jedoch im Endresultat keines voll verantwortlich fühlt und dementsprechend seinen Aufgaben nachkommt.

Dieser Zustand zeigt sich z. B. am Forschungsinstitut für technologische Entwicklung und Wärmetechnik der Metallurgie ¹ wie folgt: Für einen dem Institut erteilten Forschungsauftrag zur Entwicklung besonderer Brenner sind der Technisch-Ökonomische Rat, ² die Kammer der Technik, ³ die Gesellschaft deutscher Berg- und Hüttenleute, ⁴ das Wissenschaftlich-Technische Zentrum, ⁵ der Zentrale Arbeitskreis, der Forschungsrat der DDR, ⁶ die Brennstoff-Technische Gesellschaft, ⁷ die Zentralstelle wirtschaftliche Energieverwendung, ⁸ das Büro für Erfindungswesen ⁹ und die verschiedensten betrieblichen Entwicklungsstellen verantwortlich. Anstatt unter der vollen Verantwortlichkeit eines dieser Organe die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zur Durchführung dieses Forschungsauftrages zu organisieren, führt jede dieser Organisationen ihre eigenen Tagungen durch und verlangt auch die Teilnahme der zuständigen Wissenschaftler des Forschungsinstituts und der anderen angeführten Institutionen.

2. Nach einer vorliegenden Information wird vom Forschungsinstitut für technologische Entwicklung und Wärmetechnik der Metallurgie der geplante Bau einer Strang-Guss-Anlage¹⁰ im Eisenhüttenkombinat Stalinstadt¹¹ mit der Begründung abgelehnt, dass bei dieser Anlage die Herstellungskosten zu hoch sind. Von den Wissenschaftlern wird die Ansicht vertreten, die im Auftrage der Staatlichen Plankommission¹² an das Stahlwerk Freital¹³ übergebene Versuchs-Strang-Guss-Anlage (am 1.1.1958 übergeben) schnellstens produktionsreif zu gestalten und die weiteren Anlagen nach diesem Prinzip zu bauen. Dabei wird wiederholt erklärt, dass die Übergabe der Versuchsanlage nicht richtig gewesen wäre, da verschiedene wissenschaftliche Arbeiten an dieser Anlage noch nicht beendet waren und keine Möglichkeiten zur Fortführung dieser Versuche und zur Sammlung genügender Angaben für die Praxis und den Bau neuer Anlagen bestanden. Angeblich hat sich das Institut bemüht, die Verantwortung über diese Anlagen zu erhalten und nach Bereitstellung der notwendigen Forschungsgelder die Versuche fortzusetzen. Diese Vorschläge sollen jedoch abgelehnt worden sein, was dazu geführt hat, dass jetzt unmittelbar vor dem Bau neuer Anlagen diese Ergebnisse beschafft werden müssten.

3. Nach uns bekannt gewordenen Auffassungen von Wissenschaftlern des Forschungsinstituts für technologische Entwicklung und Projektierung der Metallurgie wird die Entwicklung und Projektierung von Vorschmelz-Aggregaten in der DDR als völlig unzureichend eingeschätzt. Obwohl diese Aggregate eine erhebliche Leistungssteigerung in den Stahlwerken ermöglichen, soll gegenwärtig nur in Gröditz eine entsprechende Anlage mit einer Leistung von 6 t pro Stunde projektiert werden.¹⁴ Von den Mitarbeitern des Instituts wird die Meinung vertreten, dass diese Kapazität viel zu gering wäre, sie dagegen bei Erhalt eines entsprechenden Auftrages eine Anlage mit weitaus größerer Kapazität projektieren könnten.

1
Das Forschungsinstitut für technologische Entwicklung und Wärmetechnik der Metallurgie befand sich in Leipzig.

2
Technisch-Ökonomische Räte wurden zur Beratung in VVB, VEB, Forschungseinrichtungen und in den Räten der Bezirke (dann als Beiräte) installiert. Mitglieder waren Fachleute aus den entsprechenden Branchen und Ökonomen, aber auch Gewerkschaftsmitglieder. Die Technisch-Ökonomischen Räte hatten beratende Funktion in Hinblick auf die Umsetzung von Produktionsvorhaben und Optimierung der Produktionsbedingungen.

3
Die Kammer der Technik (KdT) war eine 1946 durch den FDGB gegründete Organisation, die Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler auf fachlicher Ebene zusammenführte. Sie galt als ostdeutsches Pendant zum westdeutschen Verein Deutscher Ingenieure (VDI). Die KdT war selbstständiges und gleichberechtigtes Mitglied in zehn internationalen Organisationen unterschiedlicher Fachrichtungen und konnte sich der SED gegenüber eine gewisse Unabhängigkeit bewahren. Sie unterhielt eine der größten wissenschaftlich-technischen Bibliotheken der DDR und einen eigenen Verlag.

4
Die Gesellschaft deutscher Berg- und Hüttenleute war in Berlin ansässig und der Deutschen Akademie der Wissenschaften angeschlossen. Sie war Herausgeberin der Zeitschrift »Neue Hütte«. Ihr Vorsitzender war 1959 Oscar Walter Oelsner, Jg. 1902, Professor für Lagerstättenkunde an der Bergakademie Freiberg und 1959–61 Rektor der Bergakademie.

5
Den VVB waren Fachinstitute oder Wissenschaftlich-Technische Zentren zugeordnet, in denen fachspezifische Forschung stattfand.

6
Der Beirat für naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, kurz Forschungsrat der DDR, wurde im August 1957 gegründet und war das höchste beratende Organ des Ministerrates der DDR für alle Fragen im Bereich der naturwissenschaftlichen und technischen Forschung und Entwicklung, insbesondere auch für die Gebiete der sogenannten »neuen Technik« (Kernforschung, Luftfahrt, Funktechnik und Halbleiter). Ausführendes Organ des Forschungsrates war das »Zentrale Amt für Forschung und Technik«.

7
Richtig muss es Brennstofftechnische Gesellschaft der DDR heißen. Die Brennstofftechnische Gesellschaft der DDR wurde 1955 gegründet und 1960 in die Kammer der Technik überführt.

8
Die korrekte Bezeichnung lautet Zentralstelle Wirtschaftliche Energieanwendung. Sie wurde im September 1958 in Leipzig gegründet und hatte Aufgaben bei der Vorbereitung, Kontrolle, Abrechnung und Analyse des Energieplanes wahrzunehmen, Entscheidungen der »Arbeitsgruppe Rationelle Energieanwendung« beim Ministerrat der DDR über den Einsatz von Energieträgern vorzubereiten, Aufgabenstellungen und Dokumentationen zu Grundsatzentscheidungen für Investitionen im Energiesektor zu begutachten und Anträge auf Auszeichnung von Betrieben für vorbildliche energiewirtschaftliche Arbeit zu prüfen.

9

Von der Deutschen Wirtschaftskommission wurde im September 1948 beschlossen, im bestehenden Büro für Erfindungswesen die Bildung einer »Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Anmeldestelle« zu schaffen, die später zum »Amt für Erfindungs- und Patentwesen der DDR« wurde.

10

Eine Stranggussanlage ist eine technische Anlage zum Stranggießen, einem Gießverfahren zum Herstellen von Halbzeugen, d. h. vorgefertigten Rohmaterialien und Werkstücken bzw. Halbzeugen der einfachsten Form.

11

Stalinstadt wurde im Sommer 1950 zeitgleich mit der Errichtung des Eisenhüttenkombinates Ost im Bezirk Frankfurt/O., Kreis Fürstenberg als Wohnstadt für das Werk gegründet. Sie galt als »erste sozialistische Stadt auf deutschem Boden«. Stalins Tod im März 1953, kurz vor der geplanten Namensgebung der Stadt am 7.5.1953, war der Grund, die Stadt nach dem sowjetischen Staatsoberhaupt zu benennen. Im Zuge der Entstalinisierung wurde der Name getilgt, indem die Ortschaften Stalinstadt, Fürstenberg und Schönfließ im November 1961 zur Ortschaft Eisenhüttenstadt zusammengeschlossen wurden.

12

Die Staatliche Plankommission (SPK) war ein zentrales staatliches Organ des Ministerrates der DDR, das 1950 aus dem Ministerium für Planung hervorgegangen war. Der SPK oblagen die gesamtstaatliche Planung und Entwicklung der Volkswirtschaft sowie die Kontrolle der Durchführung der Planaufgaben. Sie war zuständig für die Koordinierung, Ausarbeitung und Kontrolle der mittelfristigen Fünfjahrpläne und der daraus abgeleiteten jährlichen Volkswirtschaftspläne.

13

Der VEB Edelstahlwerk »8. Mai« Freital war mit einer jährlichen Produktion von etwa 300 000 Tonnen Walz- und Schmiedeprodukte der größte Edelstahlproduzent der DDR.

14

Gemeint ist hier der VEB Stahl- und Walzwerk Gröditz, dessen Produktion nach Ende des Wiederaufbaus im Jahr 1954 ständig erweitert wurde.